Anzeigengebühren: 200 Mrg. für die 8mal gespalt. Millimeterzeile Auswärts 300 Pfg., für die Empfehlungszeile 700 Pfg. Erfüllungsort Castrop. Der etwa gewährte Rabatt erlischt bei Konkursen, Zwangsvergleichen und gerichtlichen Klagen.
Größere Anzeigen werden bis vorm. 11 Uhr, kleinere bis 3 Uhr nachmittags vor Ausgabe der Zeitung erbeten.
Postscheckkonto: 40 150 Köln. — Fernsprech-Anschluß Nr. 6.
Verantwortlich für den Schriftteil: Franz Joseph Prums Castrop

Castroper Anzeiger

Die Castroper Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage und kostet durch Boten frei ins Haus gebracht 110 Mark (im voraus zahlbar) für den Monat. Postbezug 360 Mk. für das Vierteljahr, ohne Postbestellgeld. Falls wir in der Herausgabe und Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Geschäftsstelle u. Schriftleitung: Castrop, Münsterstraße 24. Sprechstunden der Schriftleitung: werktags 6—7 Uhr nachmittags.

Castroper Zeitung

48. Jahrgang

Rauxeler Neueste Nachrichten — Rotationsdruck und Verlag: Castroper Zeitung (Geschw. Schmitz), Castrop — Bladenhorster Tageblatt

Amtl. Veröffentlichungsblatt für den Landgerichtsbezirk Dortmund, für die Stadt Castrop und die Ämter Rauxel und Bladenhorst
Alle amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Castrop, der Ämter Rauxel und Bladenhorst erlangen nach Veröffentlichung in obigen Blättern rechtsverbindliche Kraft.

Nr. 253 — Montag, den 30. Oktober — 1922

In aller Kürze.

In Berlin tagte der Bundesausschuß des Deutschen Beamtenbundes. In einer Entschließung protestierte der Bundesvorstand gegen das Verhalten des Reichsfinanzministers gegenüber den Vertretern der Spitzenorganisationen und erwarten, daß die Reichsregierung und besonders der Reichsfinanzminister sich zu sofortigen Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen bereit erklärten.

*

Die deutsche Regierung soll eine neue Denkschrift über die Kohlenlieferungen zu Händen der Reparationskommission vorbereiten, in der sie auch auf die verhängnisvollen Folgen der übermäßigen Kohlenlieferungen aus Deutschland hinweist und diese als eine der Hauptursache des neuerlichen Marksturzes bezeichnet.

*

In der Sitzung der verfassunggebenden Kirchenversammlung in Hannover wurde nach längerer Beratung der neu geschaffene Posten eines Landesbischofs als geistlicher Führer in der Kirchenverfassung angenommen.

*

Graf Brockdorff-Rantzau, der zum Gesandten in Moskau ernannt worden ist, hat Berlin verlassen und ist nach Moskau gereist, um dort sein Amt zu übernehmen.

*

Nach dem soeben erschienenen 16. Nachtrag zur amtlichen Zeitungsliste haben wieder 233 Zeitungen und Zeitschriften ihr Erscheinen eingestellt.

*

Die kartellierten Zigaretten-Fabriken haben den Kleinhändlern neue Preise für Zigaretten vorgeschrieben. Alle vom 20. Oktober ab von den Fabriken neubezogene Ware ist zu den neuen Preisen zu verkaufen. Diese sind so bemessen, daß die billigste Zigarette 10 Mark kostet.

*

Nach einem Telegramm aus Wieringen hat der frühere Kronprinz einen Motorradunfall erlitten, wobei er sich eine Fußverletzung zuzog.

*

Die Meldung, daß der französische Oberkommissar von Syrien, Gourand, zurückzutreten beabsichtige, wird von amtlicher Stelle dementiert.

*

Am Schluß seiner Rede prägte Bonar Law folgenden anerkennenswerten Satz: „Das französische Volk muß einsehen lernen, daß die Zukunft Europas und der Welt vom gemeinsamen Handeln abhängt und wir müssen uns hüten, etwas zu tun, was ein gemeinsames Handeln unmöglich macht".

*

Der aus Paris zurückgekehrte Oberkommissar Petisne hat den Vertretern der memelländischen Berufsstände mitgeteilt, daß die Vertreter des Memellandes am 3. November von dem durch die Botschafterkonferenz eingesetzten Sonderausschuß für die Memelfrage in Paris gehört werden sollten.

*

Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, reist am 28. d. Mts. mit mehreren Beamten des Sekretariats nach Belgrad, um der südslawischen Regierung einen Besuch abzustatten.

Dollarkurs am 28. Okt. = 4150,00

Aus dem Reiche.

Die Behandlung der oberschlesischen Gefangenen.

Berlin, 28. Okt. Eine Anfrage des Landtagsabgeordneten Göbel und Genossen beantwortete, wie der amtliche preußische Pressedienst mitteilt, der Justizminister dahin, daß die Zeitungsnachrichten über die unwürdige Behandlung der in das besetzte Rheinland übergeführten oberschlesischen politischen Gefangenen auf dem Transport nach Mainz und im französischen Militärgefängnis in Mainz zutreffen. Das Staatsministerium werde die Reichsregierung ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die schuldigen Personen zur Rechenschaft gezogen werden. Den oberschlesischen Gefangenen werde in den rheinischen Strafanstalten Anrath und Rheinbach keine schlechtere Behandlung zuteil als den übrigen Gefangenen. Die Staatsregierung werde es sich angelegen sein lassen, die Erteilung der Begnadigung der Verurteilten mit erforderlicher Zustimmung der Besatzungsmächte auf das nachdrücklichste zu befürworten.

Keine Verschiebung der Tatsachen.

Nachdem die unerhörten Lasten, die uns der Vertrag von Versailles auferlegt, mehr aber noch die fortwährenden Drohungen und Beunruhigungen, mit denen man dieses unmögliche „Friedensinstrument" in die Wirklichkeit zu übertragen versucht, die deutsche Währung nahezu völlig vernichtet haben, nimmt ein Teil der französischen und franzosenfreundlichen Presse in den Ententeländern die Reise der Reparationskommission nach Berlin zum Anlaß, um eine grundlegende Verschiebung der Tatsachen zu versuchen, in dem sie behauptet, nicht Reparationen, Sanktionen und Drohungen hätten die deutsche Mark ruiniert, die Mark sei vielmehr, so erklären diese Blätter, frühere Vorstöße in dieser Richtung wieder aufnehmend, von der deutschen Regierung durch unnötige Inflation zielbewußt dem Nullpunkt zugeführt worden. So bemerkt der „Temps" zu der Einladung der deutschen Regierung an eine Reihe hervorragender Finanzsachverständiger nach Berlin, man habe zwar allen Anlaß, sich über diese Initiative der deutschen Regierung zu freuen, die viel dazu beitragen könne, einiges Licht in das Dunkel der deutschen Finanzen zu bringen, aber die deutsche Regierung müsse sich an andere Persönlichkeiten wenden als an die Keynes, Cassel und Bissering, deren Urteil im voraus feststehe. Seit drei Jahren hätten diese Sachverständigen gepredigt, das deutsche Elend sei ausschließlich verschuldet durch die Unerträglichkeit der Reparationen. Niemals zuvor aber sei die Mark so rasch und so tief gesunken, als von dem Zeitpunkt an, wo Deutschland von allen Barzahlungen befreit wurde. Es wäre jedenfalls von Interesse, wie die Sachverständigen diesen Widerspruch erklärten.

Der „Temps" vergißt dabei, daß der Zahlungsaufschub, wenn er gewährt werden sollte, woran angesichts der Unmöglichkeit Deutschlands zu zahlen und angesichts der verheerenden Wirkungen neuer Zwangsmaßnahmen vielleicht nicht zu zweifeln ist, heute nicht mehr die Wirkung haben kann, die er vor etwa einem Jahre gehabt hätte. Man kann wohl kaum annehmen, daß der „Temps" von den kleinen Erleichterungen der Abkommen über die Schatzscheine an Belgien und des Ausgleichverfahrens in dem heutigen verfahrenen Zustand sofort einen Aufschwung der Mark erwartet, da durch sie die Schuld nicht gemindert, sondern die Zahlung nur um eine kurze Frist hinausgeschoben ist. An der Tatsache kann der Temps nicht vorbei, daß die Forderungen aus dem Friedensvertrag in ungeminderter Höhe fortbestehen und solange dieses Bleigewicht an der deutschen Währung hängt, ist an eine wirkliche und durchgreifende Besserung nicht zu denken.

In dasselbe Horn wie der „Temps" stoßen die franzosenfreundlichen „Times". Auch sie behaupten mehr kühn als aufrichtig, die Ursache des Marksturzes sei die Inflation, denn die Reparationsforderungen seien augenblicklich doch nur theoretisch. Das mag für den Augenblick zutreffen, wenn man von den hohen Sachleistungen, wie Kohlenlieferungen, Besatzungskosten usw. absieht, die allein schon hinreichen, um das deutsche Budget über den Haufen zu werfen. Aber auch die Bargeldforderungen können jeden Augenblick wieder praktisch werden und dieser Alp ist es, der die deutsche Währung niederdrückt. Wird er nicht von uns genommen oder wenigstens so erleichtert, daß er unsere Leistungsfähigkeit nicht übersteigt, so werden alle Künste vergebens sein. Wohin das führt, sollte man allmählich auch in Frankreich merken. Der Niedergang des Franken in der letzten Zeit ist ein deutlicher Fingerzeig, der nicht übersehen werden darf.

Um den Achtstundentag.

Auf der z. Zt. in Genf tagenden Internationalen Arbeitskonferenz kam es zu einer scharfen Zuspitzung der Auseinandersetzung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern über die Frage des Achtstundentages und weiterhin der Washingtoner Konvention im allgemeinen. Zu Beginn der Sitzung verlas der belgische Arbeiterdelegierte Caller in französischer und der belgische Arbeitgeberdelegierte Lithgow in englischer Sprache eine gleichlautende gemeinsame Erklärung der Arbeitgebergruppe.

In der Erklärung versichern die Arbeitgeber die Arbeitervertreter ihres guten Willens, indessen betonen sie, daß sie nicht vergessen dürfen, daß auf ihnen die Verantwortlichkeit für

die Beschaffung der Existenzmittel

ihrer Völker ruhe. Am Ende des Krieges habe man vielfach geglaubt, daß eine neue Blütezeit eintreten würde. Die kriegführenden Länder hätten aber das während des Krieges vernichtete Gut durch Aufnahme von Anleihen bezahlen müssen, die ihrerseits durch neue Arbeit zu decken sind. Die nicht kriegführenden Länder seien durch das ihnen zuströmende Gold mit ihrem Reichtum heute in einer fast ebenso peinlichen Lage, wie die anderen Länder mit ihrer Armut. Es sei eine Pflicht der nationalen und internationalen Gerechtigkeit und Solidarität, daß Werte geschaffen werden müssen, die den aufgenommenen Anleihen entsprächen. Bei der Begründung der Arbeitsorganisationen sei das Ziel nicht nur gewesen, den Arbeitern ein besseres Leben zu sichern, sondern auch das, kein Volk deshalb

im internationalen Konkurrenzkampf

unterliegen zu lassen, weil es seine Arbeiter besser behandele. Aus allen diesen Gründen erklären die Arbeitgeberdelegierten der vierten internationalen Arbeitskonferenz, daß sie zwar den Grundsätzen der Washingtoner Konferenz treu bleiben wollen, sich aber ferner den Bedingungen beugen müssen, die jedes Volk heute zwingen, von allen seinen Angehörigen die zur Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens und des Weltfriedens notwendigen Opfer zu verlangen.

Eine scharfe Rede des französischen Arbeiterdelegierten Jouhaux, der den Arbeitgebern und den Regierungen den Kampf ansagte, wenn sie fortfahren würden, den eingegangenen Verpflichtungen auszuweichen, war die Antwort. Die Rede Jouhaux', die den stärksten Eindruck des Tages vermittelte, wurde von der sonst ziemlich unruhigen Konferenz mit lautlosem Schweigen angehört. Jouhaux erklärte zum Schluß: Für das Internationale Arbeitsamt gebe es in dieser Frage nur zwei Wege: entweder erweise es sich als fähig, die auf der Konferenz gefaßten Beschlüsse durchzuführen oder

es müsse den Bankerott erklären.

Die Arbeitermassen, die heute im Arbeitsamt mit Regierungen und Arbeitgebern zusammenarbeiten, würden dann wieder ihre Handlungsfreiheit erhalten und in den offenen Kampf zurückkehren.

Albert Thomas erklärte im Schlußwort, daß man die Notwendigkeiten, die aus der gegenwärtigen Wirtschaftskrise erwachsen, anerkennen müsse. Aber nur unter der Bedingung, daß die Bereitwilligkeit nicht den Gedanken, der Seele das Abkommens Abbruch tue und daß in allen Ländern das Bestreben vorherrschend bleibe, das Versprechen der Arbeitsverfassung zu halten. Dazu gehört auch, daß die beruflichen Arbeiterorganisationen stark bleiben. Trotz aller gegenwärtigen Schwierigkeiten dürfe man optimistisch bleiben.

Der „Deutsche" zu der Diätenerhöhung.

Berlin, 28. Okt. Das Blatt Stegerwalds, „Der Deutsche" bringt bemerkenswerte Ausführungen zur Diätenfrage der Parlamentarier und kommt dabei zu dem Schluß, daß die sehr reichlich erhöhten Diäten allgemeines Mißfallen gefunden haben. Er betont dabei, daß die Abgeordneten, die dem deutschen Gewerkschaftsbund angehören, die Vorlage abgelehnt hätten, und greift einen Vorschlag auf, wonach den 111 ständig in Berlin wohnenden Abgeordneten die Diäten in dieser Höhe nicht ausgezahlt werden sollen, sondern daß diese sich mit geringeren Bezügen begnügen müßten. Er kommt zu dem Ergebnis, daß damit das Reich beim jetzigen Stande der Dinge 33 Millionen im Jahre sparen würde. Ferner sollen auch während der vier Monate, in denen keine Sitzungen stattfinden, die Diäten nicht gezahlt werden. Das Amt eines Parlamentariers dürfe nicht zum Gewerbe ausarten. Deutschland könne nur emporkommen, wenn bei denjenigen, die die Verantwortung für die Zukunft des Staates in sich trügen, der Wille zum Großhungern bestände. Es wäre sehr zu wünschen, wenn diese Vorschläge des „Deutschen", die uns übrigens vollkommen durchführbar erscheinen, gebührende Beachtung finden.

Der Parteitag der bayrischen Volkspartei.

München, 28. Okt. Der Parteitag der bayrischen Volkspartei begann gestern mit einer Tagung des wirtschaftlichen Beirates. In der Begrüßungsansprache führte der Vorsitzende aus, daß jetzt endgültig Schluß mit der Erfüllungspolitik und allen sozialistischen Ideen gemacht werden müsse.

Beratungen der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft.

Berlin, 27. Okt. Die Vertreter der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft sind am Freitag vormittag, wie beabsichtigt, im Reichstag zusammengetreten, den Versuch zu machen, ein gemeinsames wirtschaftspolitisches Programm aufzustellen. Es ist beabsichtigt, bis zum Abschluß dieser Verhandlungen die Aussprache beim Reichskanzler gemeinsam mit den Sozialdemokraten nicht fortzusetzen, sondern erst, wenn die Verhandlungen innerhalb der Arbeitsgemeinschaft zu einem positiven oder negativen Ergebnis geführt haben, wieder mit dem Reichskanzler und den Sozialdemokraten weiter zu beraten.

Die Arbeitsgemeinschaft und die Devisenordnung.

Berlin, 28. Okt. Verschiedene Zeitungen veröffentlichten Berichte über die Verhandlungen der Parteiführer wegen der Devisenverordnung mit dem Bemerken, daß die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft sich mit der Devisenverordnung einverstanden erklärt hätten. Von maßgebender Seite wird der Telegraphenunion erklärt, daß diese Auffassung unrichtig sei. Die Parteien der Arbeitsgemeinschaft haben gegen die vorliegende Devisenverordnung grundsätzlich Einspruch erhoben. Um die mit der Spekulation nicht zusammenhängenden Geschäfte der Industrie und des Handels, insbesondere soweit sie der Lebensmittel- und Rohstoffbeschaffung dienen, zu schützen, die reine Spekulation aber zu treffen, hat die Arbeitsgemeinschaft sowohl Vorschläge zur Abänderung der heutigen Vorschriften als auch für den Erlaß eines Devisengesetzes unterbreitet. Die Abänderungsvorschläge der Arbeitsgemeinschaft werden in der neuen Aenderung der Devisenverordnung zum Teil berücksichtigt werden. Gegen die neuen Bestimmungen bleiben Bedenken bestehen. Jedenfalls hat eine prinzipielle Zustimmung zur Devisenverordnung nicht stattgefunden.

Keine deutsch-völkische Arbeitsgemeinschaft in der Deutschnationalen Partei.

Görlitz, 27. Okt. In der heutigen geschlossenen Sitzung des Deutschnationalen Parteitages stand der Fall Gräfe und Wulle zur Behandlung. Von den verschiedenen führenden Mitgliedern der Partei wurde noch einmal der Versuch gemacht, den Abg. Wulle, der erklärte, von dem nicht anwesenden Abg. v. Gräfe zur Abgabe von Erklärungen ermächtigt worden zu sein, dazu zu bewegen, im Interesse der Geschlossenheit der Partei vorbehaltlos sich den Beschlüssen aller leitenden Parteiinstanzen sowie der Reichstagsfraktion anzuschließen. Nachdem Abg. Wulle Erklärungen abgegeben hatte, die der großen Mehrheit des Parteitages nicht ausreichend erschienen, wurde der mit 160 gegen 12 Stimmen gefaßte Beschluß der Parteiverweisung gegen eine verschwindende Minderheit angenommen. Danach hat der Parteitag die Beschlüsse des Parteivorstandes auf Einrichtung von deutschvölkischen Studienausschüssen bestätigt, dagegen die Gründung einer deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Partei abgelehnt. Die zuständigen Parteiinstanzen werden nunmehr, wie die T. U. erfährt, die Folgerungen aus diesen Beschlüssen zu ziehen haben.

Keine Zwangswirtschaft für Milchprodukte.

München, 28. Okt. Eine Münchener Zeitung brachte eine Nachricht von der Wiedereinführung der Zwangswirtschaft in Milchprodukten, die nur noch eine Frage von Tagen sei. Wie die T. U. erfährt, entspricht dies nicht den Tatsachen. Es wurde lediglich in einer Sitzung der Butter- und Käsebörse in Kempten mitgeteilt, wenn kein Uebereinkommen mit den Milchproduzenten erzielt werden sollte, müsse sich die bayerische Regierung beim Reiche für die Herbeiführung geeigneter Maßnahmen einsetzen. Inzwischen ist aber eine Einigung mit den Milchproduzenten erfolgt.

Die Lohnverhandlungen mit den Staatsarbeitern ergebnislos abgebrochen.

Neue Forderungen der Damen vorerst abgelehnt.

Berlin, 28. Okt. Gestern nacht sind im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen über die geforderte Erhöhung der Staatsarbeiterlöhne ergebnislos abgebrochen worden. Während der Vertreter des Deutschen Eisenbahnerverbandes als Wortführer sämtlicher Spitzenorganisationen bekanntlich eine Stundenlohnerhöhung von 50 M gefordert hatte, war die Regierung nur bereit, folgende Angebote zu machen:

Auf die Septemberlöhne eine Zulage von 5 M für die Zeit vom 1. bis 15. Oktober, weitere 5 M Zulage ab 16. bis 31. Oktober und ab 1. Novem-

oder eine weitere Lohnzulage von 12 M pro Stunde, so daß der Stundenlohn im November um insgesamt 22 M höher sein würde als im September. Von Arbeitnehmerseite wurde dieses Angebot als völlig unzureichend abgelehnt, so daß keine Einigung zustande kam.

Auch die Bemühungen der Beamten, jetzt nach Verabschiedung des Besoldungsgesetzes die Regierung zu einer Aktion zu veranlassen, die der Teuerungsaktion Rechnung trägt, sind bis zur Stunde ergebnislos geblieben. Wie wir bereits meldeten, hat eine Abordnung der Gewerkschaften am Donnerstag-Vormittag versucht, ebenso wie am Tage vorher den Reichskanzler zu sprechen und ihn zu bitten, sich für die Beamten und Staatsarbeiter einzusetzen. Die Delegation wurde jedoch von Regierungsrat Ostermann empfangen, der im Auftrage des Reichskanzlers erklärte, daß für Lohnerhöhungen der Beamten lediglich der Reichsfinanzminister zuständig sei. Verhandlungen, die mit dem Minister Hermes im Anschluß daran stattfanden, ergaben dann, daß Verhandlungen über irgendwelche Erhöhungen für Beamte und Staatsarbeiter erst dann denkbar seien, wenn Minister Hermes die Genehmigung des Kabinetts zu dieser Angelegenheit habe.

Der nach Berlin berufene Vorstand des Deutschen Beamtenbundes, der gegenwärtig tagt, wird sich mit dem Besoldungsproblem beschäftigen. Die Ansicht des Bundesvorstandes wird dann in einer Erklärung Ausdruck finden, die unverzüglich der Regierung und den einzelnen Ressortministern zugestellt werden soll. Wie wir weiter hören, liegen dem Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes Hunderte von Telegrammen aus dem Reiche vor, in denen die einzelnen Ortsgruppen den Kampf fordern, falls die Regierung eine Erhöhung der Löhne, wie die Organisation sie fordert verweigern sollte.

Die Reparationsfrage.

Reisevorbereitungen der Reparationskommission.

Gegensätze zwischen Barthou und Poincare. Der Frankensturz ein Symptom drohender Inflation.

Paris, 28. Okt. Die Reparationskommion hat, wie das „Cablogramme" berichtet, u. a. beschlossen, in Berlin den Plan des Staatssekretärs Hirsch zu studieren. Das Blatt will weiter wissen, daß in der langen Unterredung zwischen Poincare und Barthou große Meinungsverschiedenheiten wegen der weiteren Regelung der Reparationsfrage zu Tage getreten sind. Poincare und Barthou seien nur darüber einig, daß Frankreich auf der baldigen Einberufung der Brüsseler Konferenz bestehen müsse. Auch die belgische Regierung sei für eine baldige Einberufung. Die Engländer zeigten dagegen wenig Neigung, nach Brüssel zu gehen. Der zurückgetretene Vorsitzende der Reparationskommission, Dubois, hat seinen Platz in der Kammer, in der er unter den Rechtsrepublikanern sitzt, wieder eingenommen und wird, wie verlautet, bei Erörterung der Reparationsfrage das Wort ergreifen, um die Ursachen seines Rücktritts darzulegen.

Der bedrohliche Frankensturz.

Paris, 28. Okt. Wie das Echo de Paris mitteilt beschäftigt sich Ministerpräsident Poincare selbst mit der Frage des Frankensturzes. Er studiere das ernste Problem nach allen Richtungen, um die Ungelegenheiten einer länger andauernden Hausse der Wechselkurse zu beseitigen, weil er darin eine Schädigung des Kredits Frankreichs erblicke. Vor allen Dingen suche man festzustellen, ob der Frankensturz auf Spekulationen zurückzuführen sei.

„Journee Industrielle" untersucht das Problem des Frankensturzes eingehend im heutigen Leitartikel. Das Blatt stellt fest, daß die fremden Devisen in den letzten Jahren regelmäßig im Herbst gestiegen sind. Es erinnert daran, daß der Dollar Anfang November 1920 bis auf 17,29 gegangen war und auch im November 1921 immerhin die Ziffer von 14,60 erreichte. Der Dollar werte heute 14,60, sei also wesentlich niedriger als vor zwei Jahren. Das Pfund Sterling stehe heute dagegen bedeutend höher, als 1920 und 1921, weil es mittlerweile im Vergleich zum Dollar zugenommen habe. „Journee Industrielle" hält den Frankensturz aber trotz dieser Erklärung für eine sehr ernste Erscheinung und fordert die Regierung auf, Gegenmaßnahmen zu treffen, da es sich zweifellos um das Symptom einer mehr oder weniger drohenden Inflation handele.

Dem Weltbankerott entgegen!

London, 28. Okt. Nach einer Reutermeldung aus Newyork erklärte Sir George Paish in einer Rede, nur wenn die Völker aller Nationen darauf bestünden, daß die Staatsmänner ihre wirtschaftlichen und politischen Anschauungen änderten, könne die Weltkatastrophe abgewandt werden. Die Staatsmänner aller Nationen seien in einer gemeinsamen Anstrengung begriffen, die Nationen daran zu verhindern, ihren Verpflichtungen gegenander nachzukommen. Sie brächten so die ganze Welt zum Bankerott.

Englands neuer Ministerpräsident.

Bonar Law als Kronzeuge der Rheinlandpolitik.

Paris, 28. Okt. Einige Auslandpolitiker der großen Nachrichtenpresse sind nach London gegangen, um Trost für ihre politische Auffassung in der Entschädigungsfrage zu suchen. Pertinax, der Uebernationalist des Echo de Paris, ist es vor allen Dingen, der schon heute glaubt, Bonar Law für seine rheinische Autonomiepolitik in Anspruch nehmen zu können. Man darf wohl annehmen, daß der neue englische Erste Minister von dieser Aufdringlichkeit wenig erbaut sein wird, da ihm vor dem Wahlkampf, angesichts der Haltung der mächtigen englischen Arbeiterpartei etwas bange vor der Auslegung werden könnte, die der französische Schriftsteller jetzt seiner gestrigen Rede in Glasgow zu geben sucht. Es heißt da, die Rede lasse Schlüsse auf die Gedanken Bonar Laws in der Entschädigungsfrage zu. Er sei kein Anhänger des absoluten Zahlungsaufschubs, aber man lönne ihm, ohne seinen Gedanken Gewalt anzutun, zwei beherrschende Leitsätze zuschreiben. Er sei nicht der Auffassung, daß das Gedeihen Englands von der schleunigen Wiederherstellung Deutschlands im Rahmen seines Wirtschaftssistems aus der Zeit vor dem Kriege abhänge. Wie viele seiner Kollegen im Kabinett, die in Uebersee Dienst getan hätten, lenke er seine Blicke vor allem auf die außereuropäischen Märkte. Er sei sich vollkommen klar darüber, daß das deutsche Volk, wenn man es ihm freistelle, die Entschädigungen zu zahlen oder nicht zu zahlen, wie jedes andere Volk in derartiger Lage, sich nicht ernsthaft um die Ausführung des Friedensvertrages bemühen werde. Mehr könne man für den Augenblick nicht sagen. Aber diese Grundlagen seien nicht ungünstig. Sie könnten Frankreich die Möglichkeit verschaffen, im Rahmen des „herzlichen Einvernehmens", in dem deutsche Gebiet, das seiner Ueberwachung unterstehe, die Entschädigungspolitik in die Wege zu leiten, die es durchzuführen gezwungen sein werde. Ein wenig Besorgnis erregt es dem Berichterstatter, daß Bonar Law sich gewissen Illusionen über die tätige Mitwirkung Amerikas hingebe.

Letzte Drahtnachrichten.

Keine Reichskanzlerrede in Hamm.

Hamm, 30. Okt. Die auf gestern nachmittag 4 Uhr angesetzte große Kundgebung des Arbeiterbeirats der Westf. Zentrumspartei, in der bekanntlich Reichskanzler Wirth reden wollte, mußte in letzter Stunde abgesagt werden, da Wirth telegraphischen Bescheid gab, daß er wegen seiner notwendigen Teilnahme an den Vorbesprechungen für die Verhandlungen mit der Reparationskommission nicht von Berlin abkommen könne.

Die vorbereitenden Besprechungen über das Reparationsproblem.

Berlin, 28. Okt. Wie die T. U. erfährt, fand am Sonnabend vormittag eine Chefbesprechung unter dem Vorsitz des Kanzlers über die Reparationsfrage statt. Die Besprechung soll am Sonntag und Montag fortgesetzt werden. Die Pariser Reparationskommission, die am 29. d. M. Paris verläßt, wird am 30. abends in Berlin erwartet. Die Delegation besteht aus 35. Personen, darunter Barthou, Mauclaire, Brdabury, Delacroix, Bemelmann und dem amerikanischen Generalsekretär Mac Fandean.

Die Besprechungen der Parteien.

Berlin, 28. Okt. Da die gestrigen Besprechungen der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft noch nicht zum Abschluß gekommen waren, fand heute früh neuerdings eine ähnliche Beratung in der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft statt, an die sich morgens 11 Uhr eine Sitzung der Regierungsparteien mit der Deutschen Volkspartei anschloß. Wie bei den Abmachungen beim Kanzler am Donnerstag vorgesehen, wurden in dieser Sitzung die aktuellen wirtschaftlichen Fragen außerhalb der Devisenverordnung besprochen. Zwischen den bürgerlichen Parteien geht ein Meinungsaustausch auch nach der heutigen Besprechung weiter. Man nimmt jedoch nicht an, daß vor der Sitzung des sozialdemokratischen Parteiausschusses am Montag nochmals eine gemeinsame Besprechung mit der Sozialdemokratie stattfinden wird. Als frühester Termin einer erneuten Besprechung beim Kanzler käme demnach der Montag nachmittag in Frage, wenn es bis dahin innerhalb der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft gelungen ist, ein gemeinsames Programm aufzustellen.

Sonntagssitzung des 2. Ausschusses.

Berlin, 30. Okt. Der am Sonnabend auf Grund der Verhandlungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern eingesetzte zweite Ausschuß, der über die Stabilisierung der Mark verhandeln soll, trat am Sonntag vormittag 11 Uhr zusammen. Die Beratungen wurden vertraulich geführt.

Die Sozialdemokraten gegen die „große Koalition".

Berlin, 30. Okt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte den Parteivorstand auf Sonntag vormittag einberufen, um zu der Lage Stellung zu nehmen, die sich aus den bisherigen Verhandlungen mit den Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft ergeben hat.

Die Berliner Blätter bringen eine von sozialistischer Seite verbreitete Nachricht, wonach in den Beziehungen zwischen der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft eine gewisse Verschärfung eingetreten sei. Die Sozialdemokratie sei nicht geneigt, der Deutschen Volkspartei auf Umwegen den Zugang zu der Regierung zu öffnen. Sie verlange eine vollkommen klare Situation. Man könne ruhig sagen, daß in den Kreisen der Sozialdemokratie augenblicklich auch nicht die geringste Lust herrsche, mit der Deutschen Volkspartei zusammen sich an den Regierungstisch zu setzen.

Die Besprechungen werden weitergeführt und dürften geraume Zeit in Anspruch nehmen. Inzwischen ist auch der Reichsfinanzminister Dr. Hermes nach Berlin zurückgekehrt und nimmt jetzt an den Besprechungen teil.

Keine Rücktrittsabsichten des Reichskanzlers.

Berlin, 30. Okt. Die Meldung des Berliner Korrespondenten des „Intransigeant", daß der Reichskanzler sich mit Rücktrittsabsichten trage, ist, wie wir hören, unrichtig.

Positive Vorschläge für die Reparationskommission.

Berlin, 30. Okt. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, findet heute früh in der Reichskanzlei eine gemeinsame Sitzung der ausländischen und der deutschen Sachverständigen mit Regierungsvertretern statt, um für die Reparationskommission eine Darstellung der Lage Deutschlands auszuarbeiten und ihr positive Vorschläge zu unterbreiten.

Vor neuen Beamtenbezügen.

Berlin, 28. Okt. Die Führer des Deutschen Beamtenbundes, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, des Gewerkschaftsringes und der Afa sprachen heute im Reichsfinanzministerium wegen der durch die fortschreitende Teuerung bedingten Erschwerung der Lebenshaltung vor. Finanzminister Dr. Hermes empfing die Deputation persönlich und teilte ihr mit, daß er die Notlage der Beamtenschaft durchaus nicht verkenne und bereits Anordnung getroffen habe, daß Mitte nächster Woche neue Verhandlungen über eine Erhöhung der Bezüge der Bamten usw. aufgenommen werden sollten.

Gegen die Einstellung des Baues von Wohnungen.

Magdeburg, 28. Okt. Die vereinigten deutschen Wohnungsbauvereinigungen und Baugenossenschaftsverbände veranstalteten heute eine große Kundgebung gegen die Einstellung des Wohnungsbaues. An der sehr gut besuchten Tagung nahmen auch zahlreiche Vertreter der Regierung und Kommunalbehörden teil.

Die Besprechungen über die Kohlenfrage verschoben.

Berlin, 28. Okt. Wie die T. U. erfährt, sind die Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und den Sachverständigen aus der Industrie über die Kohlenfrage vom Sonnabend auf den Montag vertagt worden.

Kein Fehlbetrag der Reichsbahnverwaltung.

Berlin, 30. Okt. Die Einnahmen im außerordentlichen Haushalt betrugen von April bis September im ganzen 92 237 000 000 Mk., die Ausgaben des ordentlichen Haushalts stellten sich im ganzen auf 92 118 000 000 Mk. Ein Zuschuß aus allgemeinen Reichsmitteln zu den Kosten des ordentlichen Haushalts der Reichsbahnverwaltung war im ersten Halbjahr nicht erforderlich.

Verbot von Karnevalsbelustigungen.

Berlin, 30. Okt. Mit Rücksicht auf die wirtschaftliche und politische Lage verbot der Minister des Innern, wie der amtliche Preußische Pressedienst meldet, öffentliche Karnevalsbelustigungen auch in diesem Jahre für den Gesamtbereich des Freistaates Preußen.

Angora zur Orient-Konferenz.

Venizelos griechischer Vertreter. — Vertretung Amerikas durch einen „Beobachter".

Paris, 30. Okt. Aus Washington wird gemeldet, daß die Vereinigten Staaten zu der Friedenskonferenz in Lausanne einen Beobachter entsenden werden. Einer Meldung der Chicago Tribune aus Konstantinopel zufolge, nahm die Regierung von Angora die Bedingungen für die Friedenskonferenz von Lausanne an. Griechenland werde auf der Konferenz durch Venizelos vertreten sein.

Der Sieg der Faszisten.

Paris, 30. Okt. Aus Rom wird gemeldet: Mussolini erklärte, daß er in Kürze seine Ministerliste vorlegen werde. Es verlautet, daß Mussolini für die Faszisten 7 Sitze beanspruche. Alle Verhandlungen mit Giolitti sind abgebrochen worden. Gestern morgen versammelten sich die Faszistenführer in Rom. Alle strategischen Punkte der Stadt sind von Schwarzhemden besetzt, insbesondere die Bahnhöfe, Eisenbahnbrücken und sonstigen wichtigen Einrichtungen. Der Eisenbahnverkehr im Lande wird mit Ausnahme der nach Rom führenden Linien aufrecht erhalten. Die Faszisten wurden mit fahrplanmäßigen Zügen befördert. Die sozialistischen Führer hielten mit Kommunisten eine geheime Beratung au. Sie kamen jedoch zu keiner Einigung. Die Sozialisten wollen sich bei einer Wahl der Stimme enthalten. Die Faszisten haben eine Kundgebung veröffentlicht, in der es heißt: Vor vier Jahren hat die nationale Armee über auswärtige Feinde gesiegt, heute haben die Schwarzhemden erneut gesiegt und sind auf Rom marschiert. Weiter wird gemeldet, daß alle Faszisten mobilisiert seien und ihre Kriegsgesetze Geltung hätten. Die militärische und politische Macht sei einem Aktionskomitee von 4 Mitglieder mit diktatorischer Gewalt übertragen worden. Alle Arbeiter wurden aufgefordert, den Faszisten beizutreten. Sie hätten nichts zu befürchten, vielmehr würden ihre Rechte verteidigt. Der Faszismus wolle nur den Wohlstand und die Größe Italiens.

Giolittis Vorbereitungen für die Kabinettsbildung.

Rom, 28. Okt. Fakta hat gestern den Faszistenführer Mussolini telegraphisch nach Rom berufen. Mussolini wird am heutigen Vormittag auch eine Audienz beim König haben. Giolitti, der sich nach Rom begab, hat durch seine Vertrauensleute sofort die Verhandlungen mit den Faszisten und bedeutenden Parteiführern über die Frage der Bildung eines neuen Kabinetts aufnehmen lassen. Man rechnet aber damit, daß der König in erster Linie Giolitti mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragen wird.

Salandra lehnt ab.

Paris, 30. Okt. Die letzte Meldung aus Rom, die gestern hier eintraf, war, daß Salandra die Aufforderung zur Bildung eines Kabinetts abgelehnt habe. Der König hat daraufhin Mussolini mit dieser Aufgabe betraut. Weitere Meldungen besagen, daß das Leben in Rom normal sei. Straßenbahnen und Automobile verkehren. Die Blätter rühmen den König wegen seiner Weigerung, das Dekret über den Belagerungszustand zu unterzeichnen. Die Faszisten sind gestern in die Räume des Blattes „Il Mondon" eingedrungen und haben das Lokale des „Peafe" besetzt. In der Redaktion des Witzblattes „Monopolo" haben sie die Einrichtung zertrümmert und verbrannt. Der Telephonverkehr war gestern abgeschnitten.

Prinzessin Trubetzkoi in Moskau zum Tode verurteilt.

Paris, 28. Okt. Der Konstantinopeler Korrespondent der „Times" meldet, das Revolutionsgericht in Moskau habe die Prinzessin Trubetzkoi, die Tochter des bekannten Professors von Kiew wegen Spionage im Dienste Japans zum Tode verurteilt. Dasselbe Gericht hat außerdem sechs Litauer und zwei Russen ebenfalls wegen Spionage zum Tode verurteilt

Rom in Erwartung kommender Unruhen.

Rom, 28. Okt. Da man in Rom den Ausbruch von Unruhen befürchtet, wurden dort umfassende militärische Maßnahmen getroffen. Auf verschiedenen öffentlichen Plätzen wurden Truppenabteilungen mit Gewehren aufgestellt. In Pisa, wo die Faszisten die allgemeine Mobilisation anordnen, wurde der öffentliche Sicherheitsdienst den Militärbehörden übertragen. Diese haben die Telegrammzensur eingeführt und jeden Straßenverkehr nach 9 Uhr abends verboten. Die Faszisten von Pisa erklärten, daß sie nach Rom marschieren würden, um für Italien die volle Freiheit zu erlangen.

Weltfriedenskongreß der Gewerkschafts-Internationale.

Paris, 28. Okt. Einer Meldung aus Genf zufolge hat der internationale Verband der Gewerkschaften einen Weltfriedenskongreß zum 15. Dezember in Amsterdam einberufen.

Die Bewegung unter den Eisenbahnern.

Berlin, 30. Okt. Am Sonntag fand eine Mitgliederversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Ortsgruppe Berlin, statt, die von etwa 5000 Personen besucht war. Der Vorsitzende Scheffel gab einen Bericht über die Verhandlungen mit der Regierung. Der Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat beschlossen, alle Mittel der Verhandlungen zu erschöpfen und er habe der Regierung mitgeteilt, daß ohne die Gewährung einer Oktoberzulage ein Streik der Eisenbahner unvermeidlich sei. Wenn die am Dienstag beginnenden Verhandlungen keine Einigung bringen sollten, dann werde der Deutsche Eisenbahnerverband über die sich notwendig ergebenden Maßnahmen Beschluß fassen. Ein Streik würde jedem Arbeiter einen Verlust von 4000 bis 5000 Mark bringen, die nicht einzuholen wären. Wir können keine Streikunterstützung zahlen, da durch die Not der Zeit unsere Kampffonds restlos aufgezehrt sind. Vergessen werde auch nicht, daß ein Eisenbahnerstreik eine ungeheure Preissteigerung zur Folge haben würde und daß dieser Ausstand sehr wahrscheinlich in eine politische Bewegung ausarten würde. (Starke Unruhe bei den Kommunisten. Zurufe: Das soll er ja gerade!). Scheffel fährt fort: Nein, wir haben keine politische Bewegung zu entfachen, sondern für wirtschaftliche Aenderungen zu kämpfen. In diesen Zeiten der immer drohender werdenden Weltwirtschaftskrise müssen auch wir die Unterordnung unter das Ganze verlangen. Wir dürfen keine Sonderaktion unternehmen. Wir werden am Dienstag die Regierung noch einmal warnen und sie auffordern, uns das Existenzminimum zu gewähren, weil sonst die Regierung eine Katastrophe heraufbeschwört, deren Folgen unabsehbar sind.

Handelsteil.

Devisenkurse.

Nach schwachem Beginn befestigt; Dollar 4150.

Essen, 28. Okt. Nach anfänglich schwachen Kursen, zu denen kaum Umsätze zustande kamen, zeigte sich am Devisenmarkt erneute Befestigung, bis etwa auf den Stand von gestern mittag. Die Unsicherheit des Marktes erklärt sich zum Teil daraus, daß über die von uns erwähnten Verhandlungen mit der Reparationskommission, betreffend den Versuch einer Markstabilisierung, sehr wenig an die Oeffentlichkeit dringt, und darum kein klares Bild zu gewinnen ist. Die ersten Kurse heute morgen lauteten 17 800 Mark rein Brief für das Pfund, 1550 Mark für den Gulden und 4000 Mark rein Brief für den Dollar. Das Geschäft blieb im großen ganzen eng begrenzt. Man nennt zuletzt Pfunde 185000 Mark, Gulden 1620 Mark, Dollar 4150 Mark, alles eher Geld, d. s. also etwa die gestrigen Mittagskurse. Im Allgemeinen rechnet man für den Anfang der Woche mit einer gewissen Neigung zur Schwäche infolge der im Zusammenhang mit dem Ultimo zu erwartenden Versteifung am Geldmarkt, aber nach Ueberwindung des Ultimos mit einer entsprechenden Befestigung, sowohl am Effekten- wie am Devisenmarkt.

Berlin, 28. Okt. In den Nachmittagsstunden war das Geschäft auf dem Berliner Devisenmarkt nahezu geschäftslos. Der Dollar hielt sich auf dem Stande von 4100.

Berlin, 28. Okt. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 30. Oktober bis 5. November zum Preise von 13 000 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 6500 Mark für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 30. Oktober bis auf weiteres zum 350fachen Betrage des Nennwertes.

Produktenbericht.

Berlin, 28. Okt. Gestern nachmittag und heute früh war das Geschäft im Getreide- und Produktenhandel noch recht matt. Mittags zeigte der Dollar eine kleine Erholung und für Produkten setzte die Aufwärtsbewegung der Preise nicht weiter fort. Allerdings war die Knappheit des Geldes noch recht fühlbar und brachte sich für bahnstehende und nahe Ware wieder zur Geltung. Andererseits ist aber die Provinz wieder zurückhaltend geworden, so daß dadurch dem Markt eine Stütze geworden ist. Im Weizengeschäft blieb es bei knappem Material. Die Tendenz für den Artikel bleibt abwartend. Für Gerste mangelte es heute an Offerten, doch zeigte sich auch wenig Unternehmungslust. Hafer ruhig bei geringem Angebot. Mais in naher Ware gesucht. Mehl weiter lustlos. Der Westen hat sich als Käufer fast ganz zurückgezogen. Futtermittel still. Die Käufer sind zurückhaltend.

Aus Castrop und Umgegend

⊡ **Zur Nachahmung empfohlen!** Die Schüler der Gewerblichen Berufsschule veranstalteten eine Sammlung für den Westfälischen Blindenverein (Sitz Dortmund), welche die Hübsche Summe von 1410 Mk. ergab.

⊙ **Rentenzahlung für November.** Amtlich wird uns mitgeteilt: „Am Mittwoch, den 1. November (Allerheiligen), erfolgt die Zahlung der Unfall- und Invalidenrenten beim hiesigen Postamt."

□ **Auswandererliste.** Amtlich wird uns mitgeteilt, daß die Familie Stanislaus Konczak, Moltkestraße 35 und Apolonia Lakomski, Emscherstraße 11, nach dem Auslande zu verziehen gedenken.

△ **Gellende Hilferufe** schreckten in der Nacht von Freitag auf Samstag gegen 1 Uhr die Anwohner der Münsterstraße in der Gegend des Gesellenhauses aus dem Schlafe. Hausbewohner eilten auf die Hilferufe herbei, durchsuchten die ganze Wohnung, ohne feststellen zu können, daß Diebe dort waren. Schließlich kam heraus, daß die Frau so lebhaft von Einbrechern geträumt und dann um Hilfe gerufen hatte.

♂ **Jugendliche Spitzbuben** haben in der letzten Zeit die Schweriner Gegend gebrandschatzt und, was sie nur an Eisen- und Metallteilen aufbringen konnten, gestohlen. Außerdem hatten sie es auf Getränke abgesehen. Gegen fünf der jungen Diebe im Alter von 12—17 Jahren ist nun Anzeige erstattet worden, sodaß die Stehlereien nun vor dem Gericht noch ein Nachspiel haben werden.

*

✉ **Raurel.** (Auszahlung der Teuerungszuschüsse.) Das Wohlfahrtsamt Raurel teilt mit, daß die laufenden Teuerungszuschüsse für die in Frage kommenden Schwerkriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen am 2. November ausgezahlt werden.

§ **Sodingen.** (Nach dem Auslande verziehen) nach amtlicher Mitteilung Anton Tomaszewski, Viktoriastraße 23 und Math. Maciwiak.

♀ **Anerkennungsdiplom für langjährige Tätigkeit?** Arbeitgeberorganisationen sind dabei, in Verbindung mit den zuständigen Behörden ein Diplom für Angestellte zu schaffen, die lange Zeit in ein und demselben Betrieb tätig gewesen sind. Das mag vielleicht ganz löblich sein; den Wünschen der Angestellten aber dürfte damit kaum entsprochen werden. Anerkennung einer derartigen Sesshaftigkeit bedeutet doch nicht Anerkennung besonderer Berufstüchtigkeit. Gerade der strebsame Angestellte, der sein Wissen und Können erweitern und auf die Höchstleistung bringen will, wird in den seltensten Fällen fast ein Menschenalter in demselben Betrieb tätig sein. Und gerade er wird nicht in einem Diplom, sondern in einer tatsächlichen Bezahlung seiner Leistungen eine Anerkennung finden. Haben Unternehmer und sonstige Arbeitgeber darüber hinaus ein Bedürfnis, die Leistungen langjähriger Angestellter besonders anzuerkennen, so mögen sie ihnen, wie es in einzelnen Betrieben seit langem üblich ist, ein halbes oder ganzes Jahresgehalt, d. h. 2 bis 4 % ihres Verdienstes in diesen 25 Jahren bezahlen. Das ist eine tatsächliche Leistung, die von den Angestellten gewertet werden kann und sicher auch anders gewertet wird, als die Verleihung eines Diploms, dessen Kosten von den behördlichen Stellen, d. h. von der Allgemeinheit und sonst auch von den Angestellten getragen werden sollen.

Arbeitslosigkeit im Winter?

Nach einem Bericht des Landesamtes für Arbeitsvermittelung hat sich die Zahl der Arbeitsuchenden sowie der Unterstützungsempfänger in der letzten Woche wiederum bedeutend erhöht. Das ist an sich natürlich, denn in einer Anzahl einzelner Berufe bringt der kommende Winter automatisch eine mehr oder minder starke Betriebseinschränkung mit sich, so im Baugewerbe, in der Schiffahrt und ähnlichen Saisonberufen. Aber darüber hinaus wird man seine Augen doch nicht vor der Möglichkeit verschließen können, daß die Arbeitslosigkeit, nahezu das einzige wirtschaftliche Uebel, von dem Deutschland bis-

Die Handwerkskammer Dortmund zu brennenden Grundfragen unserer Wirtschaft.

Wenn man den Gang der Verhandlungen der letzten Vollversammlung der Handwerkskammer Dortmund vom 26. Oktober d. Js. genauer verfolgt, wird man finden, daß entgegen früheren Tagungen ein Thema die ganzen Verhandlungen durchzog, und zwar die Wirtschaftsfrage. Schon aus dem Geschäftsbericht des Geschäftsführers der Kammer, des Herrn Dr. Sackmann, war ersichtlich, daß die Haupttätigkeit der Kammer im letzten Halbjahr sich um diese Dinge drehte. Behandelt wurden Fragen die sich ergeben aus den

Folgen der jetzigen Geldentwertung

und deren Konsequenz, dem Auftragsmangel, Kapitalschwund und der Rohstoffknappheit; des weiteren Fragen, die sich um Bekämpfung der Nebenarbeit drehen, Fragen des Steuerwesens, der Preisbildung und des Kalkulationswesens, schließlich noch Fragen der sozialen Fürsorge für das Handwerk, die mehr wie je eine dringende Notwendigkeit geworden ist.

Noch schärfer als der Geschäftsbericht brachten die beiden folgenden Referate der Herren Landtagsabgeordneter Altegoer-Bochum, sowie Stadtbaurat Diefenbach-Bochum zum Ausdruck, welche Dinge heute im Mittelpunkt des Handwerks-Interesses stehen. Herr Landtagsabgeordneter Altegoer knüpfte an die beiden Hypotheken mit denen die deutsche Wirtschaft belastet ist an Reparation und Besatzung. Er leitete dann über zu dem Problem der Stabilisierung der Mark und gab einen parlamentarischen Bericht, aus dem vor allem hervorzuheben sind die Kämpfe um das Problem des neuen Berufsschulgesetzes und um die Reform der Gewerbesteuer.

Ueber

die brennendste Frage der heutigen Wirtschaft

sprach Herr Stadtbaurat Diefenbach-Bochum, als er die Bau- und Wohnungsfrage in den Brennpunkt unseres Wirtschaftslebens stellte. Er ging soweit, die Blüte eines Volkes gleichzustellen mit der Blüte des Bauwesens und stellte dann die Frage: „Wie stand es mit unserem Bau- und Wohnungswesen in der Vorkriegszeit, wie stand es darum in der Zwangswirtschaft, wie können wir wieder zu gesunden Verhältnissen kommen? Wenn in der Vorkriegszeit jährlich 200 000 Wohnungen geschaffen wurden, so sank diese Zahl in der Zwangswirtschaft auf 60 000. Die Folge dieser Minderproduktion springt heute jedem in erschreckender Form in die Augen. Die Leidtragenden sind zunächst die Hausbesitzer selbst, sodann aber auch die Mieter, die zwar für eine Zigarre pro Woche eine Wohnung bekommen, in der Mehrzahl aber ihre Freizügigkeit verloren haben. Den größten Schaden aber hat unsere nationale Wirtschaft, welche auf Grund der billigen Wohnungen billiger produziert, als das bei teueren Wohnungen der Fall wäre, und so ungeheuere Werte verschleudert und höchstens einige Spekulanten berührt. Aus diesen Zuständen ergeben sich die Fragen: „Was ist geschehen und was kann noch geschehen?" Durch die Kohlenabgaben wurden

die Voraussetzungen

geschaffen. Durch die Wohnungsabgabe werden voraussichtlich noch weitere beträchtliche Mittel für Wohnungsbeschaffung zur Verfügung gestellt. Was noch geschehen könnte, ist nach dem Vorschlage des Herrn Referenten Folgendes: Es müßte jeder Jugendliche sich

das Recht auf Wohnung

erwerben, dadurch, daß zwischen dem 18. und 25. Lebensjahre ihm etwa 10 % seines Einkommens für Wohnungsbau einbehalten würde. Des weiteren müßte der Staat einen gewissen Prozentsatz der Staatseinkünfte für den Wohnungsbau freimachen. Schließlich müßte noch durch Mehrarbeit Werte geschaffen werden können, welche dem Wohnungsbau zu gute kommen könnten.

Die weiteren Punkte der Verhandlungen waren mehr geschäftlicher Art. Es handelte sich um die Genehmigung neuer Meisterprüfungen, sowie um Abänderung, um Erhöhung der Prüfungsgebühr, um die Abnahme der Jahresrechnung, um die Genehmigung einer Nachtragsetats, um die Festsetzung der Lehrzeit in verschiedenen Gewerben. Von Bedeutung war noch die Aussprache über die geplante

Ausstellung des westfälischen Handwerks in Dortmund

im Jahre 1923, die einen Querschnitt durch das Wollen und Können des Handwerks im Industriebezirk geben soll.

Die offizielle Stellungnahme der Kammer in den Wirtschaftsfragen fand ihren Niederschlag in folgender Resolution:

Die augenblickliche Notlage droht für das Handwerk verhängnisvolle Formen anzunehmen.

Wenn sich auch die Handwerkskammer Dortmund bewußt ist, daß unser Wirtschaftsleben allgemein unter den Folgen des Versailler Friedensvertrages leidet, so weiß sie auch, daß die Schwere der Lage vor allem auf dem Handwerkerstand lastet. Sie fordert daher, daß Reichs- und Landesregierung alles tun, um das Handwerk in dieser schweren Zeit zu unterstützen und alles unterlassen, was das Handwerk weiter schwer schädigen und gefährden könnte; insbesondere fordert sie von der Reichsregierung:

1. Beseitigung des schematischen 8stündigen Arbeitstages und die Zulassung freiwilliger Ueberarbeit.

2. Maßnahmen gegen die überspannte Preispolitik der Kartelle und Syndikate.

3. Weitgehende Vergebung von öffentlichen Arbeiten durch die zuständigen Ministerien um dem drohenden Arbeitsmangel abzuhelfen und Einführung von Zahlungsbedingungen für gelieferte Aufträge, die den Zeitverhältnissen Rechnung tragen.

4. Neuzeitliche Gestaltung der Wuchergesetzgebung und Preistreibereiverordnung, die die Verwendung des Wiederbeschaffungspreises bei der Kalkulation gestattet.

5. Allmählicher Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und Ergreifung von durchgreifenden Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaues, der die ganzen Tangenten des Handwerkerstandes befruchtet.

6. Baldmöglichste Einbringung des Reichsrahmengesetzes über die Berufsvertretung des deutschen Handwerks, welches die Pflichtorganisation einführt.

Von der Preußischen Regierung:

1. Baldmöglichste Durchführung der Reform der Gewerbesteuer, die die Freilassung eines Arbeitseinkommens berücksichtigt und die Heranziehung von Berufsgruppen außerhalb des Handwerks zur Steuer vorsieht.

2. Berücksichtigung der Forderungen des Handwerks bei Einführung der neuen Stadt- und Landgemeindeordnung insbesondere Vermeidung aller Kommunalisierungs-Absichten und -Möglichkeiten.

wissen Grade zu stabilisieren, und bleiben die Beratungen, die demnächst die deutsche Regierung mit internationalen Sachverständigen in Berlin auszuführen gedenkt, ohne ein positives Ergebnis, so wird sich die Arbeitslosigkeit auf die Dauer schwerlich aufhalten lassen, obwohl ihre Gefahr zur Zeit nicht so akut sein dürfte, wie das von mancher Seite hingestellt wird.

Nachrichten aus Westdeutschland.

* **Siegen.** (Kommunistische Treibereien.) In einer im Kaisergarten stattgehabten großen Versammlung wurde mitgeteilt, daß Kommunisten aus Thüringen am Werke seien, die Siegener Arbeiterschaft zu Gewalttätigkeiten aufzuputschen. Unverhohlen wird in gewissen Kreisen von einer Wiederholung der Vorgänge vom 9. November vorigen Jahres geredet.

* **Essen.** (Ministerbesuch.) Der preußische Finanzminister von Richter, der in Begleitung des Ministerialdirektors Dr. v. Bahrfeld in Essen weilte, hatte auf dem Rathaus mit der Stadtverwaltung eine Besprechung über die verschiedenen schwebenden Steuerfragen. Dabei hatte der Minister Gelegenheit, sich von der großen Not, in der sich alle Kommunalverwaltungen, insbesondere aber die Industriegemeinden, befinden, zu überzeugen. Ferner kamen im Kreise von Stadtverordneten die verschiedenen Schulfragen, besonders die Frage der Uebernahme von städtischen höheren Schulen auf den Staat zur Sprache.

* **Düsseldorf.** (Vier Personen von einer Granate zerrissen.) Auf furchtbare Art hat sich der in Quettingen wohnende Reinhold Kemmler um Leben gebracht und dabei drei andere Personen mit sich in den Tod gerissen. Kemmler wollte in einem Anfalle von Schwermut Selbstmord begehen, zündete auf einem Weideplatze in der Nähe seiner Wohnung eine Granate an und setzte sich auf sie. Ein Freund von ihm, seine Braut und seine Mutter stürzten hinzu und wollten die glimmende Zündschnur löschen. Es war aber zu spät. Mit furchtbarem Knall explodierte die Granate und zerriß alle vier Personen.

Turnen, Spiel und Sport.

Fußball.

Rasensport-Raurel — C. S. V. 0:1.
Germania-Herne — Tbd. Eickel 0:2.
Hüllen — Westfalia-Herne 2:2.
Wanne 11 — Preußen-Wanne 1:4.

Hebro.

Pferderennen.

Rennen zu Horst-Emscher.

1. Rennen: 1. Peter (Saria), 2. Mißgunst, 3. Orne. Tot.: 122, Platz 25, 13, 31. — 2. Rennen: 1. Serenade (Reiß), 2. Szemjugar, 3. Ottone. Tot.: 21, Platz 15, 68, 23. — 3. Rennen: 1. Knusperchen (Buchmann), 2. Bittschrift, 3. Jugendliebe. Tot.: 91, Platz 29, 25, 42. — 4. Rennen: 1. Gildenmeister (Puskas), 2. Blush, 3. Kritischer Tag. Tot.: 64, Platz 25, 27, 46. — 5. Rennen: 1. Turban (Bleuler), 2. Sternbild, 3. Liebhaber. Tot.: 22, Platz 14, 15. — 6. Rennen: 1. Seejungfer (Reiß), 2. Türmer, 3. Tänzer. Tot.: 16, Platz 13, 33, 27. — 7. Rennen: 1. Marasquino (Reinecke), 2. Mazeppa, 3. Kombattant. Tot.: 98, Platz 17, 14, 16.

Allerheiligen

erscheint unsere Zeitung nicht.

Anzeigenschluß

für die Allerheiligen-Nummer

heute nachmittag 3 Uhr

Die arme Sünderin.

Roman von Ernst von Wolzogen.

49 (Nachdruck verboten.)

Es dauerte eine ganze Weile, bis sich da drin im Hause etwas regte. Endlich fragte hinter der verschlossenen Haustür eine Frauenstimme, wer denn draußen sei. Und Frau Jürgaß gab, ohne die Frage zu beantworten, ungeduldig zurück: „Ach bitte, ist denn niemand von den Herrschaften zu Hause?"

Jetzt wurde innen ein Schlüssel herumgedreht, und dann spähte ein Dienstmädchen vorsichtig und neugierig durch den nur handbreiten Spalt. Als es eine Dame draußen stehen sah, wurde es dreister, öffnete die Tür vollends, blieb aber eben auf der Schwelle stehen und sagte offenbar höchst erstaunt: „Wen darf ich melden?"

„Frau Jürgaß aus Hannover. Ich bin hier auf der Durchreise mit — einer Freundin und muß Herrn Doktor Dorn notwendig sprechen. Ich bin die Schwä-[illegible]."

„Ach so! Nu ja — das is was andres," erwiderte das Mädchen unschlüssig. „Nu — das wird Herrn Doktor sehr leid tun."

„Wieso? Melden Sie mich doch erst!"

„Nu, Herr Doktor sind doch gar nicht zu Hause! Der Doktor sind mit Fräulein Wundel nach Berlin ins Konzert."

„Ach!" seufzte Mite ungeduldig. „Ja, aber da muß er doch bald nach Hause kommen. Könnten wir nicht so lange eintreten?"

Das Mädchen wehrte erschrocken ab.

„Nee, nee, das kann ich mir nicht übernehmen! Ich bin noch neu hier im Hause, und die Köchin is auch ausgegangen — die is bei ihre Freundin, wissen Se, da quatscht se sich immmer so fest — das weeß keen Mensch, wenn die wieder zu Hause sind't! Die is ja nun schon länger hier in Dienst, wissen Se. Aber ich kann mir das nicht übernehmen, Sie werden entschuldigen — ich bin ganz allein im Haus und soll auf die Kinder upasssen — und wo ich doch man erst vierzehn Tage hier bin — verstehen Se . . ."

„Ja, ja, ja, ich verstehe schon!" schnitt ihr Mite den Redeschwall ab. „Es ist gut, — ich danke. Dann kommen wir morgen früh wieder. Sagen Sie nur, bitte, Herrn Doktor Dorn, er möchte mich am Vormittag hier erwarten. Gute Nacht!" Damit schritt sie davon und um die nächste Straßenecke herum, wo Carry im Schatten eines Gebüsches ihrer harrte.

Mit angehaltenem Atem lauschten beide Frauen, bis sie die Haustür zufallen und den Schlüssel zweimal herumdrehen hörten. Dann sagte Mite ärgerlich: „Na, siehst du, das hätten wir uns ersparen können! — Nun wollen wir nur machen, daß wir wieder auf den Bahnhof kommen."

„Nein — nein — ich gehe nicht fort!" sagte Carry eigensinnig zurück. „Ich weiche nicht vom Platze! Er soll mich vor dem verschlossenen Gitter meines Hauses finden, wenn er mit der Person heimkommt!"

„Aber Carry — was ist das für eine Idee!" schalt Mite kopfschüttelnd. „Wenn sie nach dem Konzert essen gegangen sind und dann womöglich noch ins Cafe, dann kann es noch wer weiß wie lange dauern. Wir können doch nicht bis Mitternacht hier auf der Straße herumstehen!"

„Er wird sich doch nicht die halbe Nacht mit dem Frauenzimmer in Berlin herumtreiben?!" fuhr Carry erbost auf. „Wenn wir ihn nicht mehr treffen, ist mir's auch egal! Ich will wenigstens meine Kinder sehen — eher gehe ich nicht von der Stelle!"

„Aber wie willst du denn das anfangen? Man macht uns doch nicht auf!"

„Laß mich nur — ich weiß schon. Die Kinder schlafen jetzt unten im Gartenzimmer; Lise hat mir's ja geschrieben. Laß uns nur noch eine Viertelstunde warten, bis das Dienstmädel wieder außer Hörweite ist; es wird entweder in der Küche noch zu tun haben oder sich in der Mädchenkammer aufs Ohr legen — da kann sie mich nicht hören!"

„Ja — wie willst du denn nur um Gottes willen ins Haus kommen?"

„Laß mich nur, laß mich nur, ich weiß schon!"

Weiter war nichts aus Carry herauszubekommen. Sie ergriff heftig Mites Arm und zog sie mit sich fort. Erst gingen sie in der dunklen Nebenstraße ein paarmal auf und ab und dann wieder um die Ecke nach dem Hause zu. Vorsichtig schlich sie an den Eisengittern der Vorgärten entlang, ihr Haus wie ein Einbrecher scharf beobachtend und alle Augenblicke sich umschauend, ob nicht vielleicht ihr Mann die Straße herauskäme. Der Schwägerin erlaubte sie nicht einmal im Flüsterton etwas zu sagen. Sie hielt ihr die Hand auf den Mund, so oft sie sich zum Reden anschickte. Sie selbst blieb stumm; und sie zitterte am ganzen Leibe vor Aufregung. Endlich, als etwa eine Viertelstunde ver-

[illegible] sein mochte, hetzte sie wieder an das Gartengitter ihrer Villa [illegible], horchte angestrengt eine ganze Weile und dann flüsterte sie Mite zu: „Jetzt mußt du mir helfen!"

„Ei — was soll ich denn tun?" gab diese schon schier verzweifelt zurück.

„Ich muß über das Gitter steigen!"

„Aber Kind, du bist wirklich ein bißchen verrückt!"

„Ach liebe, süße Mite — sag nichts — ich weiß, was ich will! Und das tue ich! Da drin schlafen meine Kinderchen — ich muß zu ihnen, und wenn's mein Tod wäre!" Und sie packte zwei der Gitterstangen und suchte sich daran hochzuziehen.

„Aber mein Engelchen, laß doch den Unsinn! Du reißt dir ja alle Sachen kaput!"

„Ach wo! Ich bin gar nicht so ungeschickt. Hilf mir nur um Gottes willen!"

„Aber wenn uns jemand sieht?!"

„Ach wo — es ist ja kein Mensch mehr auf der Straße. Paß du nur auf und gib mir ein Zeichen, wenn Philipp kommt!"

Mite sah wohl ein, daß gegen solchen Eigensinn nichts auszurichten war. Sie schaute nach allen Seiten um sich, und da sie tatsächlich niemand sah und nichts hörte, half sie Carry mit Anstrengung aller ihrer Kräfte auf das nur brusthohe Gitter hinauf. Dann streifte sie ihr die Röcke über die Spitzen der Eisenstangen und stützte sie unter den Armen, während sie sich auf der Innenseite heruntergleiten ließ.

So — nun stand Carry Dorn in ihrem Garten. Sie brauchte etliche Zeit, um wieder zu Atem zu kommen; dann flüsterte sie der Schwägerin zu: „Dank dir! — Jetzt paß nur gut auf — und räuspere dich laut, wenn sie kommen!" Sie nickte ihr zu und schlich vorsichtig auf dem schmalen Kiesweg an der Mauer entlang nach der Westseite der Villa.

Da war die Veranda-Treppe. Fünf Stufen führten hinauf. Da oben die [illegible] Gartentür. Auf dem Tisch ein Haufen von [illegible] — wahrscheinlich Spielsachen, die Kinder gestern abend noch mit hinausgenommen hatten. Sie [illegible] ja auch das Schaukelpferd! Vor der breiten Glastür war der [illegible] zerne Rolladen heruntergelassen, aber von den beiden schmalen Fenstern zu beiden Seiten der Tür schien das eine offen zu stehen — ganz deutlich konnte es Carry in der Dunkelheit nicht erkennen. Aber der bloße Gedanke an die Möglichkeit, daß das Fensterlein offen

[illegible] sein konnte, machte ihr Herz so hoch schlagen, daß ihr für mehrere Sekunden den Atem versetzte. [illegible] stand unten vor der Treppe, die geballten Hände gegen die Brust gedrückt, unfähig, sich zu rühren, [illegible] sie hätte doch hinaufgehen mögen und mit gierigen Zügen die Luft des Zimmers einatmen, die von dem Hauche ihrer schlafenden Kinder erfüllt war, und ihnen einrufen, jubelnd, unter Wonnetränen: „Kinder, Kinder, wacht auf! Die Mama ist da! Eure Mama steht am Fenster und pocht an die Scheiben und bettelt wie ein armer Vogel im Winter: Laßt mich herein! Laßt mich mich erwärmen in eurer süßen Nähe!"

Aber sie konnte sich nicht von der Stelle rühren. Es rang nach Luft. Das Blut war ihr zu Kopf gestiegen, daß es ihr in den Ohren rauschte wie Meeresbrandung. Ihr schwindelte. Sie mußte sich stützen, um nicht in die Knie zu sinken. Und sie stemmte sich mit der Linken gegen die Steinvase, die unten auf der Ballustrade stand. Es fiel ihr ein, als sie das grobkörnige Zement unter ihren Fingern fühlte, daß in dieser Vase eine [illegible]terte Agave aus Blech sich befand. Und dann ließ [illegible] ihre Augen umherschweifen und sah so deutlich, als es heller Tag gewesen wäre, alle Einzelheiten des [illegible]nen Gärtchens vor sich. Die Rosenstämmchen auf [illegible] Rasenfleck, die Pfeifenkrautlaube, den Ahorn, der [illegible] rasch in die Höhe geschossen war, daß er nun schon [illegible] schönen Schatten gab, wenn sie an blendenden Sonnentagen ihren Korbstuhl darunterstellen ließ und die Kinder zu ihren Füßen spielten. Und den Gnomen aus [illegible]glasiertem Ton, dem Fidi einmal durch einen Steinwurf die Nase zerstört hatte, und den Verberibenstrauch und die Gänseblümchen in dem dürftigen Grase und den gelben Kies auf dem schmalen Wege — alles, alles sah sie ganz genau! Daheim! In ihrem Garten [illegible] ihrem Hause und ein paar Schritte nur von ihren [illegible] lieben Kleinen entfernt! Das Türlerchen war [illegible] — nicht [illegible] fest! — Und sie konnte sich noch [illegible] mehr rühren. Eine Flut von Erinnerungen [illegible] in ihrem Gemüte hin und her, wie Bilder an [illegible] Laden [illegible] und [illegible] Wunder [illegible] sich [illegible] wie sie mit [illegible] fanden, und wie sie erschrocken war darüber, weil [illegible] ein Gesichtchen hatte, wie eine Birne, die aus [illegible] Backofen kommt.

(Fortsetzung folgt.)



Fischer Dortmund

Trotz des hohen Dollarstandes

können Sie moderne

Herren-, Jünglings- und Knaben-Kleidung

außerordentlich günstig und preiswert bei mir kaufen, da meine Verkaufspreise bedeutend unter den heutigen Einkaufspreisen liegen.

Schlüpfer, Ulster und Paletots

Moderne ein- und zweireihige Formen, teils mit Rückengurt aus neuen Diagonal-, Noppen- und schweren Ulsterstoffen in bester Verarbeitung

billige Preislagen . . .	8 975,—	bis	14 750,—
mittlere Preislagen . . .	16 750,—	bis	22 750,—
beste Qualitäten	24 750,—	bis	32 750,—

Moderne Anzüge

in neuen ein- und zweireihigen Formen, tailliert, mit 1, 2 oder 3 Knöpfen aus modernen Cheviot-, Noppen- und Kammgarnstoffen, mit guten Zutaten bestens verarbeitet

billige Preislagen . . .	6 975,—	bis	9 750,—
mittlere Preislagen . . .	12 750,—	bis	19 750,—
beste Qualitäten	22 750,—	bis	29 750,—

5710

Hosen

aus soliden, dunkelgemusterten Buckskin- und Tirtheyoder elegant gestreiften Cheviot- und Kammgarnstoffen in tadellosem Sitz

solide Arbeitshosen . .	1 275,—	bis	2 475,—
gute Strapazier-Qualitäten	2 675,—	bis	4 675,—
elegante Hosenstreifen .	4 675,—	bis	7 475,—

Lodenjoppen

aus Sommer- und Winterlodenstoffen, mit und ohne Revers, zum Teil offen und geschlossen zu tragen, in glatten u. Sportformen, in dunkelgrauen, grünen u. oliven Farben

Leichte Lodenjoppen . .	2 475,—	bis	4 475,—
Sportjoppen	2 975,—	bis	6 975,—
Winterjoppen	4 975,—	bis	8 975,—

Geschäftsübernahme

Den geehrten Bewohnern von Habinghorst und Umgegend zur gefl. Kenntnis, daß ich das

Kolonialwaren-Geschäft

des Herrn Klostermann

Habinghorst, Römerstr. 39

als Filiale käuflich erworben habe. Bei mäßigen Preisen und reeller Bedienung soll es mein Bestreben sein, mir eine geehrte Kundschaft zu erwerben. Hochachtungsvoll

Adof Pather, Hen[illegible]chenburg

Kolonial- u. Kurzwaren, Hebewerkstr. 58. 5736

Wegen dringenden Bedarf zahle für

Sektflaschen 20 Mark.

Bei größeren Quanten wird der Preis bevorzugt. Größere Quanten werden abgeholt

Max Schwa[illegible]z, Münsterstr. 16

Eingang Biesenkampstraße 5618

Frauen verleiht rosiges, jugendfrisches Antlitz u. ein rein. zarter Teint. Alles dies erzeugt die echte

[illegible]-Schwanhard-Seife

Jagd-Verpachtung.

Die durch Tod des Jagdpächters Gasthofbesitzers Fritz Westerbusch, hierselbst nach Aufhebung des von ihm am 15. Januar 1920 abgeschlossenen Jagdpachtvertrages frei gewordene Jagdnutzung des gemeinschaftlichen Jagdbezirks der früheren Gemeinde Castrop zur Größe von etwa 420 ha soll am

Mittwoch, den 15. Nov. nachm. 5 Uhr

in der Gastwirtschaft Westerbusch zu Castrop für den Rest der Pachtzeit des aufgehobenen Vertrages — also bis zum 31. Juli 1925 — öffentlich verpachtet werden.

Die in Aussicht genommenen Pachtbedingungen liegen vom 31. Okt. 1922 ab 2 Wochen lang auf Zimmer 10 des Verwaltungsgebäudes I während der Dienststunden zur Einsicht auf.

Castrop, den 26. Oktober 1922.

Der Jagdvorsteher: Wynen Bürgermeister.

Drucksachen aller Art

liefert in jeder Ausführung schnell und preiswert die

Buchdruckerei Geschw. Schmitz

Castrop.

Trauer-Drucksachen schnellstens.

Bettfedern u. Inletts

wieder genau so gut wie früher, auch äußerst billig sendet ihnen die bekannte 281

Betten-Fabrik Paul Hoyer, Delitzsch,

Provinz Sachsen, Angerstraße 4.

Verlangen Sie Proben und Preisliste gratis u. portofrei

Cafe Becker Conditorei und Weinstube.

Sie kaufen für Weihnachten noch preiswert bei mir Schokoladen, Pralinen, Liköre und Weine. Im Cafe: Kuchen und Kaffee sehr preiswert.

Romane der Vossischen Zeitung

im 4. Vierteljahr

»Im sinkenden Licht«

Ein in der Berliner Hofgesellschaft unter Wilhelm I. spielender großer Roman von Annemarie v. Nathusius

»Das Kapital«

Ein ironischer Roman von Raoul Auernheimer, dem Wiener Plauderer u. Erzähler

»Nachspiel«

Ein Roman aus der Zeit. Von Werner Scheudell

Bestellungen auf die Vossische Zeitung bei der Post und beim Verlag Berlin SW 68. An neue Bezieher auf Wunsch Nachlieferung der bisher erschienenen Kapitel

---

Herd-großlager

nur Fabrikate Küppersbusch und Senking. Lieferung an Private u. Wiederverkäufer

Heinrich Heiland, Herne

Bahnhofstraße 3.

Möbl. Zimmer

(heizbar) möglichst sofort gesucht. Stelle keine besonderen Ansprüche. Ruhige Lage bevorzugt.

Gefl. Angebote unter „R. R. 2000" an die Geschäftsstelle der „Castroper Zeitung".

Zum 1. November für den Bezirk Strittheide eine ordentliche zuverlässige

Zeitungsbotin

gesucht.

Castroper Zeitung.



Die Zeiten sind teuer, das Geld ist rar!

Der Frosch sagt: Spar!

Wie mach ich das richtig und ideal?

Kauf nur Erdal!

Erdal

Marke Rotfrosch - Schuhpasta

Werner & Mertz A.-G. Mainz

Kaffee-Ersatz

Nickel Mitesser, Flechten verschwinden meist sehr schnell, wenn man den Schaum von Zucker's Patent-Medizinal-Seife abends eintrocknen läßt. Schaum erst morgens abwaschen und mit Zuckooh-Creme nachsteich. Großartige Wirkung, von Tausenden bestätigt. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- u. Friseurgeschäften.

In Castrop in Central-Drogerie Otto Hennewig Schwanen-Drogerie Albert, Appelhans. — In Raurel-Habinghorst in der Adler-Drogerie. 4515

Zigaretten

kaufen Sie gut in

Romanns's Lebensmittel-Haus,

Herne, Bahnhofsstr. 8a.

Telefon 784.

Gebrauchter

Herd

zu verkaufen.

Raurel-Bahnhof, Markmannstr. 8 5733

Damen-Fahrrad

(neue Bereifung)

zu verkaufen. 5735

Widumerstr. 37.

Friseurgeschäft.

Maurer

gesucht. 5797

Otto Hüsken

Baugeschäft,

Ickern

Ehrliches älteres

Mädchen

als Stütze in kleinem Haushalt gegen hohen Lohn sofort gesucht. 5704

Frau Kuhlmann,

Ickern, Dorfstr. 66.

Aelteres sauberes

Morgenmädchen

für vormittags 7—11 Uhr gesucht. 5737

Frau Apotheker Pöhling.

Ickern.

Zuverlässiges kath. 5738

Mädchen

bei hohem Lohn gesucht.

Ewald Müller, Raurel,

Kaiserstraße 6.

Ernstgemeint

Landwirtsohn 35 Jahre alt evangel. kaufm. gebildet, wünscht in Geschäft oder Landwirtschaft 5727

Einheirat

Sehr ermögend. Angeb. Postlagernd **K. W.** Sodingen b. Herne i. W.

Heirat 5734

Hübsche Groß-Kaufmanns-Tochter, 18 Jahre alt, sehr vermögend, wünscht sich mit Herrn guten Charakters auch ohne Vermögen zu verheiraten durch **Frau Buggert - Berlin N. 4.**

Leiden Sie

an Flechten, Hautausschlag, Hautjucken, Pickeln, Finnen, Schorf usw., dann gebrauchen Sie

Dr Terrahé's Heilsalbe

Erfolg überraschend

Zu haben in allen Apotheken, Drogerien u. Parfümerien.